

Anke Caspar-Jürgens, Vorsitzende der Organisation „Lernen ist Leben!“ – Bundesverband Natürlich Lernen! e.V., betreut die Seiten „Anders Lernen“.



Das Bundeskabinett beschloss eine neue Gesetzesvorlage, die das schnellere Eingreifen in das Sorgerecht der Eltern zulässt. „In den vergangenen Monaten haben sich Berichte über erschütternde Fälle gehäuft, in denen Kinder von ihren Eltern misshandelt oder vernachlässigt wurden“, schreiben die Verfasser des Gesetzentwurfs der Bundesregierung. Zu finden ist er unter: http://www.bmj.bund.de/files/-/2317/RegE_Gef%20C3%A4hrdung%20Kindeswohl.pdf. Was sie nicht erwähnen, ist dass diese Fälle bereits vorher den zuständigen Jugendämtern bekannt waren. Nicht erwähnt wird die Überforderung der dortigen Mitarbeiter wegen Personalmangels. Es muss gespart werden. Stattdessen wird die Notwendigkeit erwähnt, dass auf die „überforderten“ Eltern eingewirkt werden müsse, wenn das Kindeswohl in Gefahr sei, wobei, anders als bisher, den Eltern ein Fehlverhalten nicht mehr nachgewiesen werden muss. Musste beispielsweise dem Entzug des Sorgerechts bislang ein Gutachten eines Psychiaters oder, in Ausnahmen, eines psychologisch erfahrenen Arztes vorausgehen, so „soll das Gutachten auch durch einen in Fragen der Heimerziehung ausgewiesenen Psychologen, Pädagogen oder Sozialpädagogen erstattet werden können“, spricht direkt vom Jugendamt, das keiner weiteren Fachaufsicht unterliegt. Formal vorgesetzt ist ihm lediglich das Bürgermeisteramt einer Stadt, d. h. sowohl der Antrag wie auch das Gutachten können „beschleunigt“ aus einer Hand kommen. Nach dem erfolgten vereinfachten richterlichen „Eilbeschluss“ – also ohne Anhörungen – dürfen die Polizei und die bestellte Pflegekraft tätig werden. In ihrer Begründung schreiben die Verfasser des Gesetzesentwurfs: „Der Entwurf hat das Ziel, den Schutz gefährdeter Kinder zu verbessern. Ausgangspunkt aller Überlegungen ist dabei die Erkenntnis, dass Prävention das beste Mittel ist, um Kinder effektiv vor Gefährdungen zu schützen.“

Was meint hier „Prävention“? Wäre das nicht eher weniger Leistungsdruck für Kinder? Oder die Befreiung der Eltern vom Frondienst für die Schule zum Zweck der Förderung des familiären Friedens? Oder einfühlsame, präventive Sozialarbeit in sozial schwachen Familien? Nichts dergleichen ist geplant. Vater Staat wird den Eltern gebieten können, was gut für deren Kinder ist, nicht nur in der Schule, sondern nun auch darüber hinaus. „So kann das Familiengericht den Eltern beispielsweise die Weisung erteilen, Früherkennungsuntersuchungen wahrzunehmen, um etwaigen körperlichen oder geistigen Fehlentwicklungen ihres Kindes frühzeitig begegnen zu können. Vernachlässigen Eltern ihr Kind, so dass es gegenüber gleichaltrigen Kindern deutliche Entwicklungsstörungen aufweist, so kann das Familiengericht die Eltern gegebenenfalls anweisen, Erziehungsberatung und einen Kindergartenplatz anzunehmen. Nach Nummer 2 soll das Familiengericht ausdrücklich das Gebot aussprechen können, für die Einhaltung der Schulpflicht zu sorgen.“

Nach der Beratung in den Bundestagsausschüssen soll dieser Gesetzesentwurf Mitte 2008 in Kraft treten. Gegenwärtig wird auf dieser Basis bereits ein Modellprojekt gegen Schulverweigerer verschiedener Art erprobt. Dies betrifft auch engagierte Eltern, wie diejenigen von Thomas und Moritz Neubronner. Es gibt zu denken, dass Bundesbürger wegen des Schulanwesenheitszwangs ins Exil gehen müssen. Familie Neubronner ist durch ihr Eintreten für Bildungsfreiheit bundesweit bekannt. Die Söhne, 8 und 11 Jahre alt, lernen seit zweieinhalb Jahren ohne Schule.

Der ablehnende Beschluss des Bremer Verwaltungsgerichts gegen den Antrag der Neubronners auf Prozesskostenhilfe wurde vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und aufgehoben. Parallel ergingen weitere Zwangsgelder, ein eingeschränkter Sorgerechtsentzug war nicht mehr auszuschließen. Familie Neubronner hofft, bald in ihre Heimat zurückkehren zu können. Die Eltern erwarten die Reaktion der Bremischen Bürgerschaft auf ihre Petition, in der sie darum bitten, dass bis zur endgültigen juristischen Klärung des Falls von Zwangsmaßnahmen abgesehen werden möge. Informationen über diesen Fall erhalten Sie bei bildungsfreiheit@web.de.

www.bvnl.de

Nur Freiheit hat Zukunft

Zwischen Erstarrung und hoffnungsvoller Graswurzelinitiative: Anke Caspar-Jürgens reflektiert die Situation des Bildungswesens in Deutschland.

In diesem Januar war es wieder einmal so weit: Drei Familien verließen wegen drohenden Sorgerechtsentzugs aufgrund von Schulverweigerung unser Land. Das ist ein Anlass, einen Blick über den engen Tellerrand des nationalen Schulsystems zu werfen, meint Anke Caspar Jürgens und plädiert für eine aufgeklärte europäische Perspektive in der Bildungsdebatte.

Das Vorfrühlingshafte dieses Januars 2008 beunruhigt mich. Und beunruhigend wirkt auf mich auch die Feststellung: Um in unserer Gegenwart zukunftsfähig leben zu können, braucht es die bewusste und verantwortliche Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen und den kommenden Gegebenheiten.

Was bedeutet dies im Blick auf meine jungen Freundinnen und Freunde und auf ihren Schulalltag, der sie auf das Kommende vorbereiten soll? Kreativität, Flexibilität, die Fähigkeit zu ungewohnten Lösungen und nicht zuletzt zu Empathie sollen sie entfalten, wenn ihre eigenen Kinder später noch eine Zukunft haben sollen, heißt es überall ...

Die aktuelle Brisanz dieser Frage war noch unbekannt, als sich *Mike Fortune-Wood*, ein Experte für Home Education aus Großbritannien, Überlegungen zum Schulwesen des postindustriellen Zeitalters anstellte. Sein Fachartikel, den ich in einer Homeschool-Mailingliste fand, half mir beim Verständnis unserer gegenwärtigen Bildungssituation in Deutschland, und ich möchte ihn in der Folge vorstellen.

Mike Fortune-Wood fragte sich nach dem Grund für die wachsende Beliebtheit von Home Education in Großbritannien. Schon seit Jahren, so schreibt er, entschieden sich Monat für Monat weitere tausend Familien dafür, ihre Kinder zu Hause lernen zu lassen. Ein so deutlicher Trend könne seiner Meinung nach nicht das Ergebnis einer geänderten Bildungspolitik sein, er vermutete einen unterschweligen soziokulturellen Trend, bedingt durch die gesellschaftspolitische Entwicklung

der letzten 25 Jahre. Im Unterschied zur industriellen Gesellschaft mit ihren in Fabriken zentralisierten Massenherstellungen während der vergangenen 150 Jahre seien für eine postindustrielle Gesellschaft die kleinen Produktionseinheiten typisch. Während damals ein Minimum an Bildung für die Arbeiter und ihre Familien auszureichen hatte, ist heute ein hoher Ausbildungsgrad gefordert, verbunden mit der Fähigkeit, sich in kleineren Teams konstruktiv organisieren zu können. Außerdem wohnen die Menschen nur noch selten in der Nähe ihres Arbeitsplatzes und noch seltener in der Nähe ihrer Kollegen. Unterschiedlichste Menschen teilen sich eine Arbeit auf weniger hierarchisch strukturierte Weise. Das beeinflusst das Gefühl dafür, wie sich Gemeinschaft bildet, radikal. Die nachbarschaftliche Gemeinschaft, die in Bezug auf Verhalten und Überzeugung eher homogen war, verliert an Bedeutung. Der Einzelne bezieht sich eher auf ein Netz Gleichgesinnter in einem räumlich größeren Umfeld und kommuniziert über große Entfernungen hinweg.

Unterschiedlichkeit der Kulturen

In der postindustriellen Gesellschaft sind Individuen also nicht länger wegen gleichartiger Lebenserfahrungen an gleiche Überzeugungen gebunden wie früher in den Arbeitervierteln. Es explodieren geradezu überall die neuen Überzeugungen und Verhaltensweisen. Die Menschen haben unterschiedlichste Erfahrungen und Möglichkeiten. Deshalb bedeutet Integration heute nicht nur, dass unsere Kultur unterschiedliche Ethnien zu integrieren hat. Auch Menschen mit identischem ethnischen Hintergrund können sich auf Grund ihrer Weltanschauung so radikal unterscheiden, dass man sie als kulturell verschieden beschreiben kann.

So wundert es nicht, dass es in verschiedensten Subkulturen der Postmoderne jeweils einige Menschen gibt, die ihre spezifische Kultur auch in der Bildung ihrer Kinder reflektiert sehen und deren Bildung daher selbst oder wenigstens aktiv mitgestalten wollen, Mike Fortune-Wood schätzt die Eltern, die diesen Wunsch hegen oder bereits realisieren, auf etwa 10 % der Bevölkerung Großbritanniens.

„Wenn sich diese 10 % nicht mehr als voneinander isolierte Individuen erleben würden, die alle das bisher Undenkbare denken, sondern sich als Teil einer großen kraftvollen Minderheit verstehen, deren Mitglieder miteinander im Austausch stehen, so werden sie sich auch



Gehör verschaffen und das Recht, ihrem frei gewählten Lebensstil zu folgen, beanspruchen.“

Nicht nur für England, sondern auch für Deutschland stellt sich hier die Frage: Kann unser Bildungssystem diesem kulturellen Anspruch gerecht werden?

Sowohl das deutsche als auch das englische Bildungssystem sind noch immer Ausdruck industrieller Kultur. Mike Fortune-Wood berichtet, dass Mittelpunkt der Bildungsdebatte im Großbritannien des 19. Jahrhunderts war, die Jugend von der Straße zu holen und sie vor Unmoral zu schützen, damit ihre Eltern in den Fabriken arbeiten konnten. Sie zu bilden, ergab sich dabei eher zufällig. Primäre Aufgabe von Bildung war die Sozialisierung. Die Struktur von Schule spiegelte das Leben in einer Fabrik: große Klassen, rigorose Disziplin und strikte hierarchische Struktur. Schule war ein Mikrokosmos der Gesellschaft und ein Vorgeschmack auf die Zukunft der Schüler. Auch die in Großbritannien durch das Bildungsgesetz von 1944 neu begründeten Schulen entsprachen stark den Bedürfnissen der Industrie jener Tage. Dafür bezeichnend war, dass schließlich das englische Bildungsministerium mit dem Arbeitsministerium zusammengelegt wurde. Während man die Bildung der Kinder reicher Leute als Wert an sich ansah, war die Begründung für die Bildung der Massen immer bestimmt vom Bedarf der Industrie.

Ein großer Teil der Bildungsbemühungen hatte damals wie heute nichts zu tun mit dem sichtbaren Lehrplan, eher mit einem verdeckten Lehrplan, der die Jugend sozialisiert und Moral und Verhalten lehrt, im Sinn der kulturellen Identität der Gesellschaft, meint Mike Fortune-Wood. „Aber womit kann sich eine postindustrielle Gesellschaft – heutzutage – identifizieren?“ fragt er sich. „Wie kann Schule soziales Verhalten und Moral lehren in einer Gesellschaft, in der sich nur wenige Menschen in allem einig sind, außer in Grundlegendem wie ‚Mord ist böse‘? Eher als Homogenität ist Thema unserer Zeit die Unterschiedlichkeit.“

Aus seinen Überlegungen zieht Mike Fortune-Wood den Schluss: „Die Vorstellung, dass junge Menschen in Gruppen von 30 oder mehr und in Schulen bis zu 1500 Schülern unterrichtet werden, wird zunehmend lächerlich. Zumal es immer seltener vorkommt, dass, jenseits des Bildungssystems, Menschen in Gruppen von mehr als 12 Personen zusammenarbeiten.“

Mir scheint, dass die traditionelle Beschulung der Massen mit dem Ziel, eine mehr oder weniger homogene Gesellschaft zu erzeugen, von immer mehr Eltern abgelehnt wird, da sie selbst zunehmend den Werten des Bildungssystems widersprechen.“

Ein weiterer Faktor ist das atemberaubende Tempo der technologischen Entwicklung. Bald könnten Computer kommen, deren Chips nicht größer sind als eine Träne, aber mit einer Speicherkapazität, so groß wie die aller aktuellen Computer der Welt zusammen und der tausendfachen Geschwindigkeit heutiger Superrechner. „Schulen, die wie riesige Fabriken strukturiert sind,“ meint Fortune-Wood, „können mit diesem Wandel nicht Schritt halten. Sie sind nicht in der Lage, Jahr für Jahr tausende von Lehrern für den neuesten Stand der Technik weiterzubilden, während zugleich riesige Gebäudekomplexe erhalten werden müssen mit einer Infrastruktur, die Millionen kostet, um alles unter ein Dach bringen zu können.“

Neue Visionen dezentraler Bildung

Schulische Bildung war schon immer ein Mikrokosmos der Gesellschaft. Und die Probleme des heutigen Bildungssystems spiegeln die vielen Weltanschauungen innerhalb unserer Gesellschaft. Dazu Mike Fortune-Wood: „Ich glaube, dass wir das Ende von schulischer Bildung erleben werden, insbesondere der traditionellen Klassen für die Bildung der Massen. Sie haben in Britannien in unterschiedlichen Formen eine Geschichte von 150 Jahren. In der gegenwärtigen Form gibt es sie erst seit 50 Jahren. Die heutige Regierung wird

einige schwere und radikale Entscheidungen treffen müssen. Nicht nur, dass das Bildungssystem mit den sozialen Spannungen einer sich ändernden Gesellschaft konfrontiert ist, sondern auch mit der sich rapide ändernden technologischen Grundlage.“

Wie erwähnt, gibt es in Großbritannien eine recht große Minderheit von Eltern und Kindern, die eine von zu Hause aus gestützte Alternative zur Schule ins Auge fassen. Dieser Trend beschleunigt sich, da immer mehr Kinder von den Schulen als „unbeschulbar“ aufgegeben werden. Die Menge der Bildungsverlierer wächst so schnell, dass sogar die Regierung Großbritanniens offenbar beginnt, diese Krise als Krise der Schulen zu begreifen. Viele Schulen werden vom Staat selbst bereits als wirkungslos und gescheitert bezeichnet.

Mike Fortune-Woods Vision für ein neues Schulwesen sieht etwa so aus: „Wir sollten an Stelle großer Schulkomplexe, verstreut über das ganze Land, kleine Einheiten für Bildung gründen, kombiniert mit einem sensibel reagierenden öffentlichen Bildungssystem,“ schlägt er vor. „Vielleicht können die offenen Universitäten und die Systeme der offenen Colleges dafür als Modell dienen. Und natürlich wird das Internet immer mehr ein Werkzeug der Bildung werden, zum Beispiel bei Fernstudien.“

Erstarrtes Deutschland

Während Mike Fortune-Wood seine Gedanken vor dem Hintergrund freier Bildungswahl entwickelt, ist die Situation in Deutschland grundlegend anders.

Wir kämpfen nach wie vor mit dem Erbe des Dritten Reichs, denn zur Durchsetzung seiner totalitären Visionen bei der Jugend fügte Hitler dem Pflichtschulsystem den Anwesenheitszwang in einem Schulgebäude hinzu. Dieser Schulzwang wird hier irreführend wie im europäischen Ausland, das keinen Schulzwang kennt, Schulpflicht genannt.

In allen Ländern Europas ist die Freiheit der Wahl der Bildungswege, die den Erwerb von Bildung „auch auf andere Weise“ ermöglicht, wie es z. B. im Gesetz Großbritanniens heißt, lebbar, einzig in Deutschland nicht. Innerhalb unserer relativ freiheitlichen Demokratie überdauert, wie in einer Blase, das autoritär strukturierte Schulsystem. Wie können in solch einem Umfeld die nachwachsenden Generationen das Prinzip von Demokratie erfahren und erleben?

Wird dem Menschen nicht die Freiheit der Wahl gelassen, wird er zum Untertan, er reduziert seine geistigen, kreativen Kräfte auf ein Anpassen an das vorgegebene Maß. Wie sonst sollte er (hier: der junge Mensch) in einem solchen System überleben?

Die Slowakei war eines der letzten Länder, die das Recht auf freie Wahl des Bildungswegs gesetzlich verankert haben. Wenn Kinder mit dem von Staats wegen verordneten Schulsystem nicht mehr zurechtkommen oder ihm aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht folgen wollen, zwingt sie dort niemand mehr zur Schule. In allen europäischen Ländern gibt es dieses Recht – auch wenn es den dortigen Bürokratien nicht immer gefällt und es, etwa in Großbritannien, nicht an die große Glocke gehängt wird, dass die Möglichkeit zu Home Education eine echte Alternative zur Schule darstellt.

In einem Gespräch im Westdeutschen Rundfunk äußerte sich Professor Dr. Hans Döbert¹ kritisch zu den Reformanstrengungen im deutschen Schulsystem. Hans Döbert betreibt seit vielen Jahren von Berlin aus internationale pädagogische Forschung zu den Schulsystemen Europas.

„In der europäischen Schulpolitik gibt es einschlägige Trends, die Deutschland verpasst hat“, sagt Döbert, „denn das deutsche Schulwesen hat sich in den letzten Jahrzehnten kaum verändert. Andere europäische Staaten haben hingegen radikale Reformen durchgeführt. Finnland, England, Frankreich, die Niederlande und andere haben in den 80er- und 90er-Jahren ihr Schulwesen stark verändert ... Deutschland gehört international zu den Ländern mit dem geringsten Autonomiegrad, aber dem höchsten Verwaltungsaufkommen“, so Döbert. Das macht unser Schulsystem extrem unflexibel. „In Deutschland existieren über 3000 unterschiedliche Lehrpläne, die sehr detailliert vorgeben, welche Inhalte in den einzelnen Schulfächern wie vermittelt werden sollen.“ Damit Deutschland wieder Anschluss an die europäische Schulentwicklung erhält, erscheinen Döbert eine Veränderung der „Steuerungsphilosophie“ und die „Flexibilisierung des gesamten Schulsystems“ unverzichtbar. „Wenn wir den Anschluss an Europa nicht verlieren wollen, müssen wir rigorose Entscheidungen treffen.“ Dafür wünscht sich er sich mehr Mut von Seiten der Politik.

Hans Döbert beobachtet eine starke Tendenz zur Dezentralisierung und Kommunalisierung der Trägerschaft von Bildungseinrichtungen. Zugleich würde sich unübersehbar eine Tendenz zeigen, dass die Zivilgesellschaft im Sinn der Wahrung demokratischer Grundsätze im Bildungswesen mitwirken möchte.

Seine Überlegungen zeigen, dass sich aus dem Geist der Bildungsfreiheit eine Haltung entfalten kann, die offen ist für neue, unbekannte Wege, auch wenn sie für uns als gewohnheitsabhängige Menschen erst einmal unbequem erscheinen mögen.

Maßgeblich ruht der Trend für die Bildungspolitik und deren praktische Umsetzung nach Professor Döbert europaweit auf vier Säulen: „Lernen, Wissen zu erwerben“, „Lernen, zu handeln“, „Lernen, zusammenzuleben“ und „Lernen für das Leben“. Mich erstaunt an seiner Arbeit, dass er – anders als Mike Fortune-Wood – trotz seiner sehr informativen und gründlich recherchierten Gegenüberstellung der europäischen Trends in Bildungspolitik und -praxis (einerseits) mit den Bedingungen des deutschen Bildungswesens (andererseits) den sozialen und wirtschaftlichen Wandel als mögliche Ursache für Veränderungen in den gesellschaftlichen Strukturen nicht einbezieht. Eine „typisch deutsche“ Perspektive, die nur den scheinbar separaten Fachbereich „Bildung“ analysiert? Er berücksichtigt auch nicht, dass der Schulzwang in Deutschland eine demokratische Entwicklung im Bildungswesen, wie sie in anderen Ländern geschieht, ausdrücklich erschwert, wenn nicht gar verhindert. Für mich ist es immer wieder erstaunlich, wie machtvoll die Normalität des deutschen Bildungssystems selbst fortschrittliche Wissenschaftler in ihrem Bann hält.

Die deutschen Alternativschulen

In der allgemeinen politischen Liberalisierung der 70er-Jahre gründeten sich die ersten Alternativschulen. Von ihrem Grundgedanken und ihrer Praxis her zielten sie auf eine demokratische und zu selbstbestimmtem Lernen führende Alternative zu den staatlichen Schulen.

Als Pädagogin sowohl im konventionellen staatlichen wie auch im alternativen Schulsystem und in der Bildungsarbeit mit Kindern jenseits von Genehmigung tätig, muss ich im Rückblick auf die vergangenen 35 Jahre feststellen: In jeder Generation von Eltern und Lehrern gab und gibt es ein hohes Potenzial engagierter



Menschen, die angesichts der desolaten Situation im Schulsystem alternative Schulen gründen und deren Genehmigung beantragen wollen. Seit den 70er-Jahren werden den Initiativen bei der Durchsetzung ihres grundgesetzlich verbrieften Rechts auf Gründung einer alternativen Schule (Art. 7, GG) in jeder Generation immer wieder schier unüberwindliche bürokratisch und pädagogisch begründete Hindernisse in den Weg gelegt, so dass seit der Genehmigung der ersten Freien Schule in Frankfurt am Main vor rund dreißig Jahren nur gerade mal hundert Alternativschulen entstanden sind. Die Zahl der im Gründungsstress erloschenen Initiativen dürfte derweil jedoch mindestens das Zehnfache betragen. Ungeachtet der massiven Behinderungen hat die Staatsschule die erfolgreichen Praktiken der Alternativschulen ansatzweise besonders im Grundschulbereich kopiert. Aus meiner Sicht ist dies eine der Ursachen dafür, dass Grundschulen bei PISA einigermaßen glimpflich abschneiden konnten. Andererseits sind freie Alternativschulen in Gefahr, aufgrund einer zermürbenden Situation, gekennzeichnet durch strenge Auflagen, Kontrollen, durch Ängste bei Eltern und Lehrern und aufgrund des sehr engen finanziellen Rahmens ihr innovatives Potenzial zu verlieren, indem sie sich den Staatsschulnormen anpassen.

Aus meiner Sicht ist der Schulzwang, d. h. die fehlende Bildungsfreiheit, die Ursache für dieses Klima von Angst, der Angst davor, Neues zu riskieren, und dem Festhalten an einer zwar ungeliebten, aber offiziell anerkannten Situation. Diese Angst ist auch in Staatsschulen verbreitet, besonders, wenn sie eigentlich pädagogisches Neuland betreten wollen.

In dem Augenblick, wo, wie in Dänemark, Staatsschulen, private Schulen, Alternativschulen und frei Lernen gleichberechtigt und mit der annähernd gleichen finanziellen Ausstattung nebeneinander stehen durften, konnte sich das gesamte Bildungswesen den Erfordernissen der Gegenwart öffnen und weiterentwickeln.

Auswandern als letzte Alternative?

Die Alternativschulbewegung entstand, nachdem die europäische Lebensreformbewegung, die unter dem Faschismus aus Deutschland vertrieben worden war, in der Folge der 68er-Bewegung wieder nach Deutschland zurückkehrte. Die alten bzw. neuen Erkenntnisse zur Sozialisation und Bildung von Kindern fanden in vielen Familien ein Echo, und rund 20 Jahre nach dem Aufkeimen der Alternativschulbewegung zeigte sich eine weitere, nach Bildungsfreiheit strebende Bewegung. Eltern, die unzufrieden damit waren, wie es ihren Kindern in der Schule ging, begannen, diese zu Hause lernen zu lassen. Seitdem sind sie mit dem in den Ländergesetzen verankerten Schulzwang konfrontiert und werden kriminalisiert. Die Rechtsmittel reichen von Geldbu-

ßen über die zwangsweise Zuführung ihrer Kinder zur Schule über die Psychiatrisierung des Kindes oder seiner Eltern, Erziehungsgeldbußen und die Erzwingungsbis hin zum letzten Mittel, dem Entzug des Sorgerechts über die Bestimmung des Aufenthalts ihrer Kinder. Ungezählte pädagogisch hochmotivierte Familien haben aus diesem Grund Deutschland verlassen.

Während in der Vergangenheit in Deutschland doch etliche Familien, die Bildung zu Hause praktizierten, im Dämmerlicht des Wohlwollens von Justiz, Jugendamt und/oder zuständiger Schule geduldet wurden, ist seit gut einem Jahr ein schärferer Wind zu spüren. Kinder, die als Freilerner aufwachsen, werden per Gesetz „zum Wohle des Kindes“ in die Schule gezwungen, und ihren Eltern wird „ohne Verzug“ das Sorgerecht (weitestgehend) entzogen. Oft soll auch noch ihre Ausreise verhindert werden, wenn sie sich denn zur Auswanderung entscheiden.

Letzter aufsehenerregender Fall war die Familie Neubronner, der durch die Presse ging und über den wir schon viel berichtet haben. Allein im Januar haben neben ihnen drei weitere Familien das Land verlassen.

Die Erfahrung der neuen Bildungsfreiheit in den anderen Ländern ist für Eltern und Kinder jeweils eine große Erleichterung beim Bemühen, in der neuen Umgebung zurechtzukommen. Der Familienfriede und die Lernfreude der Kinder wachsen. Sie erfahren freundliche Akzeptanz aus dem nachbarschaftlichen Umfeld und in einigen Ländern sogar staatlicherseits finanzielle Unterstützung für das freie Lernen ihrer Kinder.

Diese Familien wirken aus dem Ausland als Quellen der Kraft und Ermutigung für Familien, deren Kinder mit dem hiesigen Schulsystem nicht zurecht kommen oder die sich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus damit nicht identifizieren können.

Über die Alternativschul- und die Freilerner-Bewegung hinaus gibt es in Deutschland einen Kreis engagierter Pädagogen, Juristen und anderer Wissenschaftler, die sich für die Einführung der Bildungsfreiheit im Land einsetzen. Ein aussichtsloses Unterfangen?

Die Schulzeit ist ja die Lebenszeit, in der Kinder sich bekanntermaßen, neben der Entfaltung ihrer Sexualität während ihrer Pubertät auch einem letzten, bedeutsamen Wachstumsschub ihres Gehirns mit all seinen Folgen und Herausforderungen zu stellen haben. Schulstress bewirkt eine Reduzierung der Gehirnmasse im Präfrontalkortex. Nur an diesem Ort kann sich die Fähigkeit des Menschen zu vernetztem Denken entwickeln. Es ist die Voraussetzung für die Erkenntnis, dass sein Wohl untrennbar verbunden ist mit dem Wohl des Ganzen und darin aufgehoben ist.

Ein aussichtsloses Unterfangen? Nein, weil wir eingesehen haben, dass unsere Kinder die Chance haben müssen, dass ihr Bewusstsein sich so frei entwickeln kann, dass sie ihr Potenzial, das kreative Denkvermögen, sowohl intellektuell wie emotionell ungehindert einsetzen können. Genau auf diese Fähigkeit sind wir, sind die kommenden Generationen angewiesen, wenn uns und ihnen der Aufbau von Strukturen für ein menschenwürdiges Leben, trotz Klimawandel und Globalisierung, gelingen soll. Voraussetzung dafür ist die Freiheit der Entscheidung der Menschen für welchen Bildungsweg auch immer, jedenfalls für ihren persönlichen Bildungsweg. Und das soll Bildungsfreiheit endlich auch in Deutschland ermöglichen. ♠